NIEDERSCHRIFT
der 43. öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses
(vorab 16:30 Uhr Besichtigung Schloßgarten)

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Ratssaal, Am Kloster 1, Weißenfels

Beginn: 17:15 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit	
TOP 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung	
TOP 5	Vorstellung Erhaltungsmanagementsystem für Straßen Vialytics	148/2023
TOP 6	Sachstand Ausbau barrierefreie Bushaltestellen	151/2023
TOP 7	Teilnahme am Kompetenzzentrum Wasserwirtschaft	150/2023
TOP 8	Mündliche Information zur Verschiebung der Baumaßnahme Saalebrücke	
TOP 9	Beantwortung von Anfragen	
TOP 10	Mitteilungen und Anfragen	

Nichtöffentlicher Teil

TOP 1	Informationen über Vergaben
TOP 2	Beantwortung von Anfragen
TOP 3	Mitteilungen und Anfragen
TOP 4	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Günther eröffnet die Sitzung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 14 Stadträte und 2 sachkundige Einwohner anwesend. Damit ist der Stadtentwicklungsausschuss beschlussfähig.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung festgestellt.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Kohlstädt als Anwohner der Harnischstraße in Weißenfels möchte wissen, ob bereits Maßnahmen ergriffen wurden, um die erhöhte Verkehrsbelastung in der Straße einzudämmen.

Es wird ihm eine schriftliche Beantwortung zugesichert.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung vom 11.09.2023 wird mit 3 Enthaltungen der Stadträte und einer Enthaltung der sachkundigen Einwohner bestätigt.

5. Vorstellung Erhaltungsmanagementsystem für Straßen Vialytics

Herr Bumann teilt mit, dass seitens der Verwaltung Interesse an einem Erhaltungsmanagementsystem für Straßen besteht. Bisher werden Straßenschäden nach Bürgerhinweisen in Einzelmaßnahmen abgearbeitet. Mit einem Erfassungssystem sind eine bessere Übersicht und eine Priorisierung der Maßnahmen möglich.

Es wird darauf hingewiesen, dass die heutige Vorstellung der Software lediglich informativen Charakter hat. Sollten die Gremien und die Verwaltung die Nutzung einer solchen Software in Betracht ziehen, ist eine Ausschreibung notwendig.

Herr Schott von der Firma Vialytics erläutert die Funktionsweise der Software anhand einer Präsentation. Das Dokument wird der Niederschrift beigelegt.

Mit der Technik erfolgt eine aktuelle Straßenzustandserfassung und –bewertung. Aktuell fahren die Streckenposten turnusmäßig bestimmte Strecken ab und bewerten die Straßenzustände.

Dabei können kleine Schäden übersehen werden, die nach geraumer Zeit größere Beeinträchtigungen verursachen.

Mit dem System erfolgt die Erfassung beim Befahren einer Straße über das an der Windschutzscheibe befestigte Handy unter Mithilfe künstlicher Intelligenz. Die regelmäßige Bilddokumentation ermöglicht die Erkennung von Problemstellen, bevor große Schäden entstehen. Das integrierte Frühwarnsystem hilft somit der Verwaltung, der Verkehrssicherungspflicht umfassend nachzukommen.

Die intelligente Objekterkennung markiert beschädigte Straßenschilder, so dass diese schnellstmöglich ersetzt oder repariert werden können.

Am Beispiel umfassender Straßenbauarbeiten beim Glasfaserausbau erläutert Herr Schott, dass unter Verwendung des Systems die Dokumentation von Straßenschäden und der Vorher-Nachher-Vergleich vereinfacht werden. Oftmals werden von den Baufirmen Straßenschäden verursacht oder es erfolgt ein unzureichender Deckenschluss der Fahrbahn. Wenn dies nicht rechtzeitig erkannt wird, sind Schadenersatzansprüche kaum glaubhaft geltend zu machen.

Auf die Frage von Herrn Rühlmann nach den Kosten für das System teilt Herr Schott mit, dass für die vorgestellte Version 70.000 Euro jährlich zu zahlen sind.

Frau Schlegel möchte wissen, seit wann die Firma mit dem Produkt auf dem Markt ist und wie viele Kunden das System nutzen.

Herr Schott berichtet, dass die Firma seit 2018 das Produkt anbietet. Derzeit nutzen ca. 300 Kommunen das System von Vialytics und damit werden rund 40.000 km Straßennetz kontrolliert. Die größte Kommune ist Prag und nutzt das System bereits seit 3 Jahren.

Herr Schmoranzler hinterfragt die Abläufe von der Erkennung der Rissbildung bis hin zu den erforderlichen weiteren Maßnahmen.

Nach Auskunft von Herrn Schott erfolgt die Aufnahme der Straßenschäden und Risse vom System. Die weitere Vorgehensweise liegt allein in Verantwortung der Kommune.

Herr Günther möchte wissen, wie die Priorisierung notwendiger Maßnahmen vom System abläuft und wie die Dokumentation der erhobenen Daten erfolgt.

Herr Schott erläutert, dass vom System nach dem Schulnotensystem Priorisierungspunkte von 1-5 vergeben werden. Ob den jeweiligen Vorschlägen gefolgt wird, entscheidet die Kommune.

Herr Kabisch-Böhme befürwortet die Prüfung von technischen Möglichkeiten, um die Mitarbeiter der Verwaltung entlasten zu können. Er sieht allerdings die Problematik fehlender Ressourcen, um die angezeigten Schäden zeitnah beheben und damit größere Schäden vermeiden zu können.

Herr Schott gibt zu bedenken, dass Einsparungen von Personal an einer Stelle zur Erweiterung notwendigen Personals an anderer Stelle genutzt werden können, um die vom System aufgezeigten Mängel abzustellen. Es müssen nicht nur Straßenschäden dokumentiert werden, es gibt auch Zusatzmodule, wodurch beispielsweise bei einer Kontrollfahrt auch am Straßenrand entsorgter Müll angezeigt wird. Die Abläufe in der Kommune zur Sichtung der Daten und zur Veranlassung weiterer Maßnahmen müssten dem jeweiligen System angepasst werden und können dann zu zielorientierten Ergebnissen führen.

Herr Papke sieht einen Mehrwert in der Arbeit mit einer solchen Software auch darin, dass die Dokumentationen bei den Kontrollfahrten ständig aktualisiert werden und somit zeitnah die Priorisierung angepasst werden kann.

Im Hinblick auf die Dokumentation von Straßenöffnungen beispielsweise beim Glasfaserausbau möchte Herr Wolter wissen, ob es möglich ist, dass die gesetzlichen Gewährleistungsfristen in der Software erfasst werden können, damit die zuständigen Bearbeiter diese im Blick behalten können.

Herr Schott bestätigt, dass Fristen eingearbeitet werden können.

Auf die Frage von Frau Schlegel zur Anzahl der Accounts beim Kauf der Software teilt Herr Schott mit, dass es 4 sind. Weitere können kostenpflichtig dazu gebucht werden.

Herr Wolter befürwortet die Anwendung eines Straßenmanagementsystems, da hier eine objektive Priorisierung der Straßenschäden erfolgt und damit die Reihenfolge der Abarbeitung vorgegeben sein könnte. In der bisherigen Praxis ist dies nicht immer transparent.

Frau Schlegel möchte wissen, wie der weitere Verfahrensablauf seitens der Verwaltung geplant ist.

Herr Papke schlägt vor, dass sich die Fraktionen dazu beraten und ihre Ergebnisse der Verwaltung mitteilen. Wenn mehrheitlich Interesse bekundet wird, dann würde die Verwaltung die weiteren notwendigen Schritte einleiten.

Gleichzeitig führt die Verwaltung eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Rahmen einer Kosten-Nutzungs-Rechnung durch.

6. Sachstand Ausbau barrierefreie Bushaltestellen

Herr Bumann führt zum Stand der Umbaumaßnahmen an den Bushaltestellen aus und bezieht sich auf die Angaben in den vorliegenden Unterlagen.

Diese werden umgehend auch den Ortsbürgermeistern zur Kenntnis übersandt.

In den meisten Fällen erfolgt die gleiche Ausstattung mit Sitzmöglichkeiten und Papierkörben wie vorher. Wartehäuschen sind nicht in jedem Fall umsetzbar.

Herr Arning fügt ergänzend hinzu, dass die fertigen Bushaltestellen auch mit einem Leitsystem für sehbehinderte Menschen ausgestattet sind. Wenn sich beispielsweise durch Erweiterung einer Sitzgelegenheit Änderungen ergeben, dann sind auch die Leitsysteme anzupassen.

Herr Kabisch-Böhme dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung der umfangreichen Übersichten und die Bemühungen um den zügigen Umbau der Bushaltestellen, damit diese barrierefrei genutzt werden können.

Problematisch sind nach Ansicht von Herrn Kabisch-Böhme die im Sozialausschuss und in den Beiräten oft diskutierten schlechten Zustände der Fußwege zu den Haltestellen.

Damit ist die Nutzbarkeit einiger Bushaltestellen für ältere Bürger mit Gehhilfe und auch für Rollstuhlfahrer oftmals nicht gegeben.

Es wird dringender Handlungsbedarf gesehen, die Fußwege systematisch flächendeckend zu sanieren und dafür Haushaltsmittel in jedem Haushaltsjahr zu binden.

Herr Günther bittet die Verwaltung darum, nach Abschluss der Umbaumaßnahmen der Bushaltestellen eine Aufstellung der erhaltenen Fördermittel und der tatsächlich entstandenen Kosten für die Kommune vorzulegen.

7. Teilnahme am Kompetenzzentrum Wasserwirtschaft

Herr Schulz stellt das Kompetenzzentrum mit seinen Strukturen und den Aufgaben anhand einer Präsentation vor.

Durch vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bewilligte Fördermittel steht die finanzielle Absicherung für 4 Jahre fest.

Zu den Handlungsfeldern gehören beispielsweise die Prüfung der Verwendung von Niederschlagswasser für die städtische Bepflanzung oder die Bewertung von Starkregenereignissen, um mit entsprechenden Maßnahmen Folgeschäden abzuwenden.

Insgesamt ist die Vernetzung vieler Partner aus verschiedenen Bereichen wichtig, um ein bedarfsorientiertes Wasserversorgungskonzept zu erarbeiten.

Die Anfrage zur Mitarbeit im Kompetenzzentrum wurde zuerst an überregionale Behörden und Versorger gerichtet und wird nun auf ortsansässige Behörden, Betriebe, Planungsbüros und Versorger ausgeweitet.

Das Kompetenzzentrum besteht seit 01.07.2023.

In Beantwortung der Frage von Herrn Günther nach den Kosten der Mitgliedschaft teilt Herr Schulz mit, dass die teilnehmenden Partner keine Beiträge zu entrichten haben. Es sind personelle Ressourcen zu binden, wenn Mitarbeiter an Konzeptionen und Projekten mitarbeiten.

Kommunen, die sich dem Kompetenzzentrum anschließen, werden bei themenbezogenen Projekten und bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützt.

Die Frage von Frau Ramona Spiegelberg, ob der hohe Wasserbedarf von Firmen aus Wasserüberschüssen von Kanälen und Flüssen gewonnen werden kann und ob die Saale dabei eine Rolle spielt, beantwortet Herr Schulz mit einem klaren Ja.

Herr Bumann befürwortet die Teilnahme am Netzwerk Wasserwirtschaft auch im Hinblick auf die Einbeziehung der Ergebnisse in die künftige Stadtplanung.

Auf die Feststellung von Frau Schlegel, dass kein Vertreter des örtlichen Wasserversorgers anwesend ist, teilt Herr Schulz mit, dass die Weißenfelder Stadtwerke als Regionalversorger noch nicht angesprochen wurden.

Herr Bumann fügt hinzu, dass die Stadtwerke den Beitritt der Stadt zum Netzwerk begrüßen und ihre Unterstützung angeboten haben.

Der Partner für die Stadt für die vom Netzwerk angestrebten Ziele ist vorrangig die AöR vor Ort.

Herr Wanzke formuliert das Hauptziel dahingehend, dass genügend Wasser für alle Bedarfe zur Verfügung gestellt werden soll, stellt aber auch die Frage nach der Finanzierung.

Herr Schulz erläutert dazu, dass vom Netzwerk Konzepte für zum Beispiel die ausreichende Wasserbereitstellung oder die Nutzung von Niederschlagswasser erarbeitet werden.

Für die Umsetzung sich daraus ergebender Maßnahmen ist die Kommune vollumfänglich zuständig. Unterstützung kann das Netzwerk bei der Beantragung von Fördermitteln und der Erarbeitung der dafür notwendigen Unterlagen geben.

Beschlussempfehlung

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, die Teilnahme der Stadt Weißenfels am Netzwerk Wasserwirtschaft im mitteldeutschen Raum zu beschließen. Ziel ist die Verbesserung der Klima- und Stadtentwicklungsziele im Bereich der Wasserwirtschaft.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür: 13	dagegen: 0	Enthaltung: 1
Sachkundige Einwohner:	dafür: 2	dagegen: 0	Enthaltung: 0

8. Mündliche Information zur Verschiebung der Baumaßnahme Saalebrücke

Herr Bumann berichtet über den aktuellen Stand des geplanten Neubaus der Saalebrücke. Die Maßnahme betrifft die Brücke einer Landesstraße und liegt somit in Verantwortung der Landesstraßenbaubehörde (LSB).

Die Verwaltung war bisher in die Planungsgespräche eingebunden. Anfang August 2023 kündigte die LSB an, dass sich der Abriss der Brücke um ein Jahr verschiebt. Zur Begründung wurde angegeben, dass seitens der Versorger AöR und SWW Unterlagen nicht fristgerecht eingereicht wurden und somit eine notwendige europaweite Ausschreibung nicht erfolgen konnte.

Rücksprachen mit den beiden Versorgern haben ergeben, dass die Unterlagen nachweislich sehr wohl fristgerecht abgegeben wurden.

Seitens der Verwaltung und dem Oberbürgermeister wurden auf Landes- und Bundesebene mehrere Versuche unternommen, die unverständliche Terminverschiebung für den Abriss und Neubau der Brücke abzuwenden.

(Frau Scheunpflug verlässt die Sitzung – ab jetzt 13 Stadträte)

Nunmehr wurde bekannt, dass sich an der Saalebrücke eine besondere Taubenart angesiedelt hat, deren Brutzeit zwingend abzuwarten ist. Die Verschiebung der Baumaßnahme sei dadurch nicht abzuwenden.

Herr Bumann teilt weiterhin mit, dass seitens der LSB zu Beginn des Jahres 2023 eine Brückenprüfung auf Standfestigkeit erfolgte und diese keinen Anlass zur Sorge gibt. Es ist keine Geschwindigkeits- oder Tonnagebegrenzung erforderlich.

Es bestehen nunmehr Überlegungen der Verwaltung, den Straßen- und Radwegebau in der Käthe-Kollwitz-Straße zeitlich vorzuziehen. Bei Planung im Jahr 2024 wäre ein Baubeginn 2025 denkbar.

Herr Klitzschmüller äußert seine Bedenken hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Aussagen der LSB. Eine Brücke abzureißen, die offensichtlich ausreichend Standfestigkeit aufweist, stößt bei ihm auf Unverständnis. Die bisher dazu gemachten Aussagen der übergeordneten Straßenbehörde haben den Eindruck vermittelt, dass die Verkehrsteilnehmer und Fußgänger auf der Brücke in Gefahr seien und der Brückenneubau zwingend notwendig sei. Nun könne aber plötzlich noch die Brutzeit einer Taube abgewartet werden, da die Brückenschäden wohl doch nicht ganz so schlimm sind.

Herr Klitzschmüller bedauert die mangelnden Möglichkeiten der Einflussnahme der Kommune auf die Maßnahmen der Landesstraßenbaubehörde bei Landesstraßen, die das Stadtgebiet oder die Ortschaften kreuzen.

Herr Günther zeigt Verständnis für notwendige Maßnahmen an der Brücke, um den Wasserdurchlass neu zu gestalten, sei es ein Neubau oder eine Sanierung. Ihm missfällt aber auch der Umgang der Landesstraßenbaubehörde mit diesem Thema in Weißenfels.

Dem schließt sich Herr Papke an und sieht auch die Notwendigkeit, die 1952 erbaute Brücke auf den neuesten Stand zu bringen. Er bedauert das fehlende Mitspracherecht bei solchen Maßnahmen durch die Kommunen vor Ort und möchte dies künftig mehr einfordern.

Nach seiner Ansicht ist es schade, dass die Bürger die Stadt in der Verantwortung für die Verschiebung der Baumaßnahme sehen und das mühsam aufzubauende Vertrauen in die Verwaltung wieder Punkte verliert.

Frau Schlegel befürwortet die Bemühungen der Verwaltung, eine andere wichtige Baumaßnahme vorzuziehen und möchte wissen, wie hoch hier der Eigenanteil ist, den die Stadt zu erbringen hat.

Das sind nach Auskunft von Herrn Schicke in 3-Jahresscheiben je 250.000 Euro.

9. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Beantwortungen von Anfragen vor.

10. Mitteilungen und Anfragen

Herr Wolter möchte wissen, wie der Stand um den Neubau der Grundschule Langendorf ist.

Herr Bumann teilt mit, dass die Planungsunterlagen fertiggestellt sind. Im Hinblick auf in Aussicht gestellte Fördermittelprogramme 2024 für Grundschulen wird kein Bauantrag gestellt, da dies ein Ausschlusskriterium für die Vergabe von Fördermitteln ist.

Herr Günther möchte wissen, welchen Anlass es für das Anordnen eines weitreichenden Halteverbotes in der Karl-Liebknecht-Straße und in Teilen der Rosa-Luxemburg-Straße gab. Es werden Auskünfte erbeten zum Aufwand, den die Durchsetzung der Anordnung erfordert. Bisher konnte über einen Zeitraum von ca. 14 Tagen keine Einhaltung des Halteverbotes beobachtet werden.

Ekkart Günther
Stellvertretender Vorsitzender

Heike Bechmann
Protokollführerin